

Kern verzichtet auf SPÖ-Chefkandidatur

Der frühere Kanzler will die Führungsdebatte beenden und beim Parteitag nicht gegen Andreas Babler antreten.

WIEN Ex-Kanzler Christian Kern kandidiert beim SPÖ-Parteitag am 7. März nicht gegen SPÖ-Chef Andreas Babler um den Parteivorsitz. Das gab Kern am Mittwochnachmittag in einem Posting auf Facebook bekannt. Als Begründung gab er unter anderem an, dass vertrauliche Gesprächsinhalte an Medien weitergegeben wurden. „Ich habe kein Interesse an einer fortgesetzten Führungsdiskussion in der SPÖ und werde auch am Parteitag nicht kandidieren“, schloss er seinen Eintrag.

Dass er sich bei einem Antreten gute Chancen ausgerechnet hätte, lässt sich aus Kerns Statement durchaus herauslesen. „Mehrheiten auf Parteitag zu organisieren, ist vermutlich keine große Sache“, meinte er darin, „die Mehrheit in den Köpfen der Bevölkerung herzustellen, hingegen die viel Unbequemere. Dem wird sich die SPÖ nicht entziehen können, will sie weiter als politisch relevante Kraft erhalten bleiben.“

„Regierungsteam ist kompetent“

Er bestätigte auch, dass in den vergangenen Tagen viele Gespräche geführt worden seien: „Mein Resümee ist, dass es die beste Option ist, die Arbeit der Bundesregierung konstruktiv zu unterstützen.“ Denn: „Das Regierungsteam ist kompetent und der Umstand, dass Inflation und Wirtschaftsklima in ganz Europa am Weg der Erholung sind, ist eine Chance.“ In Ländern und Gemeinden verfüge die SPÖ über exzellente Persönlichkeiten.

„Für die SPÖ bleibt die Aufgabe, ein gemeinsames Zukunftsbild zu entwickeln“, meinte Kern weiter: „Wichtig ist, die Lebensverhältnisse für die Menschen in unserem



2017 noch gemeinsam unterwegs: Kern (r.) und Babler im Gewerbepark Traiskirchen. Eine Kampfabstimmung beim Parteitag bleibt aus.

APA/BKA/ANDY WENZEL

Land konsequent und langfristig zu verbessern.“

Erinnerung an Wahlkampf 2017

Doch auch Kritik ließ der frühere Parteichef und Bundeskanzler durchblicken: „Ich habe seit Beginn der Führungsdebatte nach anfänglichem deutlichem Dementi bewusst keinen Kontakt mehr zu Journalisten unterhalten. Dennoch waren die Medien voll über Motive und Pläne, die ich (angeblich) verfolge. Gesprächsinhalte, die Stunden, nachdem man auseinander ging, absichtsvoll der Presse zugesteckt werden, haben mich an den Wahlkampf 2017 und an die Zeit danach erinnert. Ich habe diese Indiskretionen als Bestätigung

meiner Befürchtungen empfunden und als Ausdruck, dass es am nötigen Konsens fehlt.“

Einziger Kandidat

Kern war von Mai 2016 bis Dezember 2017 Bundeskanzler in einer großen Koalition mit der ÖVP sowie von 2016 bis 2018 - nach verlorener Nationalratswahl - Obmann der SPÖ. In den vergangenen Wochen war immer wieder über eine neuerliche Kandidatur des Ex-Kanzlers spekuliert worden. Bisher ist Babler der einzige Vorsitzkandidat. Am Freitag tagen allerdings noch die Parteigremien der SPÖ. Diese böten de facto die letzte Chance, einen Gegenkandidaten zu Babler zu nominieren.

„Ein alter Trick zur Schuldabwehr“

Historikerin sieht die Aussagen von Hubert Kinz als klare Relativierung.

BREGENZ Vor einer Woche sorgte Landtagsvizepräsident und FPÖ-Abgeordneter Hubert Kinz für Aufsehen. Und noch immer steht die Frage im Raum: Hat der Landtagsvizepräsident den Holocaust relativiert? Für Ingrid Böhler, Leiterin des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, steht fest: „Ja. Was soll es sonst sein?“

Die Grünen forderten im Landtag ein neues Leitbild für Erinnerungskultur. ÖVP und FPÖ lehnten ab – für die FPÖ argumentierte Hubert Kinz unter anderem so: „Sind Übergriffe seinerzeit von marokkanischen Besatzungssoldaten gegenüber Damen unseres Landes weniger schlimm?“ Ingrid Böhler erläutert: „Solche Vergleiche sind ein alter Trick zur Schuldabwehr.“ Man gestehe zwar ein, dass man etwas Schlimmes gemacht hat, allerdings seien die anderen ja auch nicht besser gewesen.

Vorarlberg ist im Mai 1945 von französischen Truppen befreit worden, darunter befanden sich auch zwei Divisionen, die aus marokkanischen Einheiten bestanden. Angesichts der sich zuspitzenden militärischen Lage hatte die NS-Führung mit rassistischen Argu-



Hubert Kinz sorgt weiterhin für Diskussionen.

VN/STEURER

menten gegen Kriegsende Ängste vor den herannahenden Alliierten geschürt, um den Widerstandswillen der Bevölkerung anzufachen.

„Letztlich Gleichmacherei“

Tatsächlich habe es nach der Befreiung auch Verbrechen gegeben, wie in jedem Krieg, betont Böhler. „Aber der Holocaust war ein staatlich angeordneter und organisierter Massenmord. Im Gegenzug dazu waren Übergriffe auf die Zivilbevölkerung eigentlich verboten. Die französische Militärregierung ist in Vorarlberg bei Anzeigen auch dagegen vorgegangen. Schon deswegen sind solche Vergleiche auf das Schärfste zurückzuweisen, einmal

abgesehen von den Größenordnungen im Hinblick auf die Opferzahlen.“ Letztlich stecke Gleichmacherei hinter solchen Aussagen, um den Mythos, dass man selber Opfer geworden sei, aufrechtzuerhalten. Am Ende sei es ganz klar eine Relativierung und ein Beweis, dass es das geforderte offizielle Bekenntnis des Landes zu einer Erinnerungskultur, die die eigene Geschichte kritisch beleuchtet, benötige. Tirol könne hier als Beispiel dienen.

Auch Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums, ist verärgert. „Ich bin entsetzt über die Art und Weise, wie die Entgleisung von Kinz heruntergespielt wird.“ Seine Äußerungen seien blanker Rassismus. Die marokkanischen Soldaten hätten Vorarlberg als schlecht behandelte Kolonialtruppen befreit, seien dafür einen weiten Weg gegangen und hätten Opfer gebracht. „Selbst wenn es Übergriffe gegeben hätte, von denen bislang in irgendeinem relevanten Ausmaß keine Kunde besteht, wäre die Formulierung ‚war das weniger schlimm?‘ wohl kein Kavaliersdelikt, sondern einer der extremsten Fälle von Holocaust-Relativierung, der mir in den letzten Jahren untergekommen ist.“



EINFACH MEHR ERFAHREN

<https://VN.AT/supdfb>



Kommentar
Michael Prock

Die Grenzen des Sagbaren

Hanno Loewy, dieser „Exiljude aus Amerika“, dürfe sich nicht in die Politik einmischen. Mit diesem Satz löste der damalige FPÖ-Chef und Landesrat Dieter Egger im Jahr 2009 Empörung weit über Vorarlberg hinaus aus. ÖVP-Landeshauptmann Herbert Sausgruber zog die Reißleine und schickte die FPÖ auf die Oppositionsbank.

Egger entschuldigte sich später. Heute ist er unumstrittener Bürgermeister in Hohenems und arbeitet friktionsfrei mit Hanno Loewy zusammen.

Fast 17 Jahre nach Egger sorgt der FPÖ-Abgeordnete und Landtagsvizepräsident Hubert Kinz erneut für einen Aufschrei. Allerdings nur einen kurzen. Dabei übertrifft die Qualität seiner Aussage Eggers Sager bei Weitem. Doch die Grenzen des Sagbaren haben sich verschoben.

So sehr, dass der Vizepräsident des Vorarlberger Landtags in einer Debatte über die Erinnerungskultur an die NS-Verbrechen nahezu folgenlos erklären kann, es habe „immer wieder Gräueltaten“ gegeben. Man müsse auch über Hexenverbrennungen und die Brandschatzungen in den Graubündner Kriegen sprechen. Man dürfe nicht einzelne Verbrechen herauspicken. Schließlich habe es auch Übergriffe marokkanischer Soldaten an „unseren Damen“ gegeben.

Diese Aussage ist aus zwei Gründen bemerkenswert.

Erstens, weil sie historisch nicht trägt. Ja, es gab Verbrechen. Dokumentiert ist etwa ein Fall in Buch, den der Historiker Wolfgang Weber schildert: Zwei marokkanische Soldaten vergewaltigten eine Zwölfjährige. Der Unterschied jedoch ist entscheidend. Die Täter wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und hingerichtet. Zudem sind nur wenige Übergriffe dokumentiert. Demgegenüber stehen zahlreiche freiwillige Beziehungen zwischen

„unseren Damen“, wie Kinz sie nennt, und marokkanischen Soldaten. Die Historikerin Renate Huber kommt zum Schluss: Vergewaltigungen waren selten, Liebesbeziehungen die Regel. Eine von den Franzosen eingerichtete Geburtenstation in Riedenburg registrierte zwischen April und August 1946 insgesamt 79 Geburten aus solchen Beziehungen.

Zweitens relativiert Kinz mit seiner Wortmeldung das singuläre Verbrechen des industriell organisierten und staatlich angeordneten Massenmords. Der Holocaust ist nicht eine Gräueltat unter vielen. Er ist das Zivilisationsverbrechen des 20. Jahrhunderts, das selbst unter den Genoziden dieses Jahrhunderts herausragt. Auschwitz und Hexenverbrennungen als bloß vergleichbare historische Episoden?

Der frühere AfD-Parteichef Alexander Gauland bezeichnete Hitler und die Nazis einst als „Vogelschiss der deutschen Geschichte“. Das war eine andere Liga. Doch Kinz bewegt sich rhetorisch zumindest auf demselben Spielfeld.

Dem Bregenzer ist zugutezuhalten, dass er mehrfach glaubwürdig betont, die NS-Verbrechen zu verabscheuen. Er lobt das Verbotsgesetz – was österreichweit längst nicht allen Parteikollegen leichtfällt. Zudem gibt es keine Hinweise auf persönliche Sympathien für diese Zeit.

Nur: Kinz ist Anwalt. Er weiß, was er sagt. Und er wägt seine Worte im Landtag mit Bedacht ab. Er ist ein erfahrener Politiker. Das war kein Ausrutscher. Kein Missverständnis. Es war ein Test.

Ein Test dafür, was im Jahr 2026 gesagt werden darf – und was nicht.

Das Ergebnis: offenbar deutlich mehr als noch vor 17 Jahren.



MICHAEL PROCK
michael.prock@vn.at
05572 501-693

KARIKATUR

Drei Wurf!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT